



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Stammverwandtschaften und Waffenbrüderschaft mit England.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Stammverwandtschaft und Waffenbrüderschaft mit England.



tammverwandtschaft und Waffenbrüderschaft mit England ist eine Losung, an der die Preußen, die selbst oder deren Väter bei Belle-Alliance gefochten hatten, sich lange Zeit zu erwärmen liebten. Wer im Verkehr mit Engländern oder durch unbefangenes Lesen ihrer Zeitungen und Geschichtswerke beobachtet hatte, wie die Zuneigung, die sich in diesen Worten ausspricht, auf der andern Seite aufgenommen wurde, der wußte, daß man sich dort Preußens und Deutschlands nur dann freundlich erinnert, wenn man ihrer bedarf, und daß der durchschnittliche John Bull ungefähr den Eindruck hatte, wie wenn ein bestäubter Wanderer dem Vorübergehenden zuruft: Der Herr da mit dem prächtigen Gespann ist mein Vetter! Das Bild ist nicht zu stark; ist doch in dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen zu lesen, daß der König, der in der Neuenburger Sache, nach der Februarrevolution, nach dem 2. Dezember immer wieder auf England Hoffnungen setzte, die immer wieder getäuscht wurden, im Jahre 1852 seinem Freunde schrieb, man habe in London seine, des Königs, Anmahnungen „wie das Gebell eines Hündchens überhört.“

Das jüngere Geschlecht hat angesichts der Ereignisse, welche es erlebt hat, vor den Erfahrungen, welche es macht, und in dem berechtigten Selbstgefühl, in welchem es aufwachsen konnte, den Geschmack an solchen Artigkeiten verloren, man durfte sie für abgethan halten. Seit einiger Zeit spukt aber die alte Redensart wieder, meistens in Verbindung mit einer Schönmalerei der heutigen Zustände und der früheren Politik Englands. Wenn nun im Nachstehenden der Versuch gemacht wird, sie auf ihren Grund und die darin steckende Erwartung

auf ihren Wert anzusehen, so liegt die Absicht fern, in dem Leser Verstimmlung gegen das englische Volk zu erregen. Mag jeder lieben und hassen, wen er will, und seine Freundschaften mit Engländern schätzen und pflegen, aber, wenn er über Staatsangelegenheiten redet oder denkt, sich gegenwärtig halten, was der einst von den deutschen Liberalen gefeierte und mit mancher Liebeserklärung beehrte Lord Palmerston wenige Tage nach der Februarrevolution im Unterhause sagte: „Was die romantische Vorstellung betrifft, daß Völker oder Regierungen erheblich oder dauernd durch Freundschaft und Gott weiß was sonst beeinflusst werden, so sage ich, daß diejenigen, welche solche Vorstellungen hegen und den Verkehr zwischen Einzelnen auf den Verkehr zwischen Völkern anwenden, sich in einem leeren Traum ergehen.“

Stammverwandt sind die Norddeutschen auch und noch mehr mit den Holländern, den Blamländern, den Dänen, den Schweden, den Norwegern; aber der Verwandtschaft mit ihnen wird nur auf wissenschaftlichem Gebiete gedacht, in der Völkerkunde, der Sprachlehre. Mit den Dänen haben wir Kriege führen müssen. Die Holländer sind in den oberen Ständen unterrichtete und umgängliche Leute; aber trotz der Verwandtschaft mit uns sind sie in der Verfolgung ihrer Interessen zuweilen recht unangenehme Nachbarn gewesen und haben sich von ihrer verstorbenen Königin, einer Deutschen, einreden lassen, daß wir uns mit feindlichen Absichten gegen sie trügen. Die Schweden waren 1813 Waffenbrüder der Preußen und wären 1864 gern Waffenbrüder der Dänen geworden, wenn sie sich stark genug dazu gefühlt hätten. Sie alle haben sich durch ihr Interesse, wie sie es eben verstanden, bestimmen lassen. Und haben es die Engländer jemals anders gemacht?

Der vor wenigen Jahren veröffentlichte Schriftenwechsel zwischen der Berliner und der Londoner Regierung zeigt, daß die letztere unter Zustimmung der öffentlichen Meinung unsern Versuchen, etwas von der Welt, die noch nicht weggegeben ist, zu erwerben, mit Anmaßlichkeit, Mißgunst und Hinterlist begegnete, bis endlich sehr deutsch mit Lord Granville gesprochen und ihm begreiflich gemacht wurde, daß er Deutschlands auf andern Gebieten bedurfte. Auch nachdem die Abgrenzung geschehen ist, haben unsre Landsleute jenseits der Meere sich von den Engländern eines nichts weniger als verwandtschaftlichen Verhaltens zu versehen.

In dem Kriege von 1870 und 1871 beobachtete England eine Neutralität, die mit dem Buchstaben des Völkerrechts verträglich war, sachlich aber sich als eine Begünstigung unsers Feindes darstellte. Während damals unsre junge Flotte, abgesehen von dem kühnen Streifzuge des Kapitäns Weikmann mit der Korvette „Augusta,“ die See gegen die Franzosen nicht halten konnte, versah England die letztern mit allen möglichen Kriegsbedürfnissen, erklärte sich freilich bereit, uns ebenso zu versorgen, wenn wir den Waffenfabriken von Birmingham etwas zu verdienen geben wollten. Sa es ist uns ein Fall er-

innerlich, wo die englische Regierung Frankreich zu Gefallen nicht nur eine ausdrückliche Vorschrift des Völkerrechts verletzt, sondern auch ihren eignen Hoheitsrechten etwas vergeben hat. Ein deutscher Kauffahrer wurde innerhalb der englischen Hoheitsgrenze, dicht unter dem hohen Vorgebirge Beechy Head, auf dem sich eine Küstenwache befindet, von einem französischen Kreuzer aufgebracht. Man hat aber nie gehört, daß die Reklamationen der deutschen Regierung, die doch sicher nicht ausgeblieben sind, einen Erfolg gehabt hätten. Thatsache ist, daß die englische Regierung die französische nicht veranlaßt hat, die auf englischem Gebiete gemachte Prise freizugeben. Portugal und Spanien haben während jenes Krieges auf die Gefahr eines Konfliktes mit Frankreich hin über Beobachtung des Völkerrechts und Achtung ihres Gebietes gewacht. Als die alte und schwerfällige preußische Korvette „Arkona“ von einem französischen Geschwader bis in die spanischen Gewässer vor Vigo verfolgt worden war, legte der spanische Panzer „Numancia“ sich vor das preußische Schiff. Freilich fehlte es nicht an Sympathie einzelner; Thomas Carlyle erhob seine mächtige Stimme für unsre gerechte Sache, und wie es die Gepflogenheit der Parteilregierung mit sich bringt, hatten die Toryblätter hin und wieder ein Wort des Tadelns für das damalige liberale Ministerium. Ob wir aber besser gefahren wären, wenn Beaconsfield am Ruder gewesen wäre und seinen Plan einer intimen, neutralen, aber bewaffneten Allianz mit Rußland, von dem Granville 1878 einer Deputation von Manchestermännern erzählte, zur Ausführung gebracht hätte, das steht dahin.

Weiter rückwärts schreitend kommen wir zu der schleswig-holsteinischen Sache, die in den Krieg von 1866 auslief. Die Londoner Presse pflegt heute die Verantwortlichkeit für die damalige Haltung Englands dem verstorbenen Palmerston aufzubürden und mag bei ihren Lesern, welche für die auswärtige Politik ein erstaunlich kurzes Gedächtnis haben, Glauben finden. Allerdings hat er 1853 mit der ihm eignen Insolenz erklärt, es sei das Geschäft Englands, zu verhüten, daß die Herzogtümer von Dänemark getrennt würden; aber alle seine Nachfolger im Auswärtigen Amte dachten ebenso, und die öffentliche Meinung war einverstanden, weil sie Kiel nicht wollte zu einem deutschen Kriegshafen werden sehen. In einer an die französische Regierung gerichteten Depesche vom 24. Januar 1864 schreibt Lord John Russell: Ihrer Majestät Regierung suche, um die Zerstückelung der dänischen Monarchie zu verhindern, das Einverständnis und die Mitwirkung Frankreichs, Rußlands und Schwedens nach, in der Absicht, Dänemark in seinem Widerstande, wenn nötig, materielle Unterstützung zu gewähren. Einige Tage später wurde die englische Flotte heimbeordert. Nachdem Louis Napoleon es nicht in seinem Interesse gefunden hatte, in dieser Sache Waffenbrüderschaft mit England zu machen, lehnte zwar Russell unter dem 19. Februar das Hilfsge such Dänemarks ab, Disraeli aber stellte am 28. Juni den Antrag, Ihrer Majestät das große Bedauern des

Hauses darüber auszudrücken, daß die Regierung die Politik, die Integrität Dänemarks zu wahren, nicht festgehalten habe. Mit der schwachen Majorität von 313 gegen 295 wurde der Antrag abgelehnt. Am 8. Mai 1866 erklärte Clarendon den Krieg, der auszubrechen drohte, für grundlos und nicht zu rechtfertigen. Um die Reihe englischer Staatsmänner aller Farben zu vervollständigen, sei noch erwähnt, daß Lord Grey am 9. Mai 1864 dem Oberhause die unrichtige Mitteilung machte, daß die österreichische Flotte von der dänischen bei Helgoland geschlagen sei und damit lebhafte Cheers erntete.

Als die preussische Regierung es nicht im Interesse des Staates fand, sich an dem Kriege gegen Rußland zu beteiligen, in welchen die Engländer nach einem Worte Lord Clarendons wie ein steuerloses Schiff getrieben (drifted) waren, richtiger gesagt, sich hatten von Louis Napoleon bugfieren lassen, machte sich die schlechte Laune, die im Parlament, in der Regierung, in der Presse, bei Hofe herrschte, durch sehr verletzende Äußerungen Luft, z. B. durch den in den Grenzboten vom 16. Februar 1882 (Nr. 8) beleuchteten Brief des Prinzen Albert an Herrn von Stockmar vom 8. Mai 1854. Und als die Regierung von ihrer Not um Mannschaften dazu getrieben wurde, eine deutsche Legion anzuwerben, erging man sich im Unterhause in wenig schmeichelhaften Äußerungen über diese Waffenbrüder.

Unter dem frischen Eindruck der Schlacht bei Belle-Alliance, die man in Deutschland nicht Schlacht bei Waterloo nennen sollte, fand Blücher in England einen sympathischen Empfang; aber die preussischen Militärschriftsteller haben heute noch damit zu thun, die abgünstigen Entstellungen der englischen über den 18. Juni 1815 zu berichtigen. Was England auf dem Wiener Kongreß Preußen gewesen war, hat Treitschke im ersten Bande seiner deutschen Geschichte anschaulich gemacht; seitdem hat der Briefwechsel Talleyrands mit Ludwig XVIII. noch den Punkt auf das i gesetzt. In den von Talleyrand selbst verfaßten Instruktionen, welche der König ihm nach Wien mitgab, heißt es u. a.: „In Italien kommt es darauf an, zu verhindern, daß Oesterreich herrsche, indem man seinem Einfluß widerstrebende Einflüsse entgegensezt; in Deutschland gilt daselbe für Preußen. Die körperliche Beschaffenheit dieser Monarchie macht ihr den Ehrgeiz gewissermaßen zu einer Notwendigkeit. Wie man sagt, haben die Verbündeten sich verpflichtet, derselben das Machtverhältnis zurückzugeben, welches sie vor ihrem Falle hatte, das heißt zehn Millionen Einwohner. Ließe man das geschehen, so würde Preußen bald zwanzig Millionen haben und ganz Deutschland sich unterwerfen. Es ist daher nötig, seinem Ehrgeiz einen Zügel anzulegen, indem man erstens seinen Besitzstand in Deutschland soviel wie möglich beschränkt und zweitens durch die Gestaltung des Bundes seinen Einfluß beschränkt. Sein Besitzstand wird beschränkt werden durch die Erhaltung aller kleinen und die Vergrößerung aller Mittelstaaten. Die Botschafter des Königs werden daher mit allen Mitteln die Sache des Königs von Sachsen verteidigen

und alles, was an ihnen ist, thun, um zu verhindern, daß Sachsen eine preußische Provinz werde. Gleichermaßen muß verhindert werden, daß Preußen Mainz erwerbe und auch nur irgend einen Teil des Gebietes links von der Mosel, muß man Holland behilflich sein, seine Grenze soweit wie möglich auf dem rechten Ufer der Maas vorzuschieben, muß man die Ansprüche auf Vergrößerung, welche Baiern, Hessen, Braunschweig und besonders Hannover erheben werden, unterstützen, damit die für Preußen zur Verfügung bleibenden Gebiete so klein wie möglich werden.“

In der Ausführung dieses Planes stieß Talleyrand anfangs auf starken Widerstand bei dem englischen Bevollmächtigten Lord Castlereagh. Dieser, so berichtet er am 19. Oktober 1814 dem Könige, wolle Preußen so stark wie möglich machen und eng mit Oesterreich verbinden, um beide Frankreich entgegenzusetzen. Dem Zwecke würde nichts besser entsprechen, als Sachsen an Preußen zu geben. England sei in diesem Punkte fest entschlossen und dringe in Oesterreich, sich einverstanden zu erklären. In der That hatte Castlereagh in den ersten Tagen des Monats\*) an den Fürsten Hardenberg ein Schreiben gerichtet, in welchem er mit dem Bestreben, bereedt zu sein, sogar mit einem Anfluge von Wärme, den Anspruch Preußens auf Sachsen billigt und die dagegen erhobenen Einwände widerlegt. „Ist es ungerecht — schreibt er —, daß die Verbündeten, nach den Anstrengungen, welche sie für die Sache Europas gemacht haben, bis auf einen gewissen Punkt entschädigt werden für die Gefahren, welche sie bestanden, für die Verluste, welche sie erlitten haben? Niemand wird so unvernünftig sein, einen solchen Satz zu verteidigen. Welches andre Mittel gäbe es, sie zu entschädigen, als auf Kosten der Mächte, die sich vergrößert haben dank ihrem Eifer für den gemeinen Feind, und die der gemeinen Sache der Befreiung Europas ihre Hilfe versagten, als sich eine günstige Gelegenheit fand, dazu mitzuwirken? Solches ist ganz besonders der Fall des Königs von Sachsen und seines Verhaltens, das ihn vor allen andern Souveränen auszeichnet. Welcher andern Macht könnte die Last der Entschädigung Preußens gerechter auferlegt werden als derjenigen, welche das erste und hauptsächlichste Werkzeug der Zerstückelung Preußens gewesen ist, und später durch ihre Winkelzüge oder ihre Feigherzigkeit oder ihren Ehrgeiz wesentlich die Opfer verursacht hat, welche Preußen zu bringen hatte, um einen Teil des Verlorenen wieder zu gewinnen? [Castlereagh meint die polnischen Provinzen, die Preußen im Tilsiter Frieden abtreten mußte und die zu dem Herzogtum Warschau, dem Geschenk Napoleons an den König von Sachsen, geschlagen wurden.] Der König von Sachsen hat kein Recht, wieder eingesetzt oder entschädigt zu werden; er mag sich an die Milde (indulgence) der Eroberer [seiner Länder] wenden, und wenn sie ihm eine

\*) In Angebergs *Congrès de Vienne* ist dieses Schreiben „Wien, Oktober 1814“ ohne den Tag datirt und hinter ein zweites, weiterhin erwähntes vom 11. Oktober gestellt; es muß aber, wie der Inhalt beider beweist, um einige Tage älter sein.

Entschädigung in einem andern Teile Europas anbieten und diese ihm nicht im richtigen Verhältnis zu dem, was er verloren hat, zu stehen scheint, so kann er sich nur beklagen, daß das Anerbieten ungenügend, nicht daß es ungerecht sei. Es muß endlich bemerkt werden, daß die Sprache, welche der König von Sachsen führt, um sein Verhalten zu verteidigen, der Art ist, daß der Befehlshaber einer Festung, der ähnlich spräche, Gefahr liefe, kriegsrechtlich erschossen zu werden.“

Und der Mann, der im Oktober dies geschrieben hatte, schlug, noch ehe das Jahr zu Ende gegangen war, ein bewaffnetes Bündnis zwischen England, Frankreich und Oesterreich vor, das auch für Baiern und die andern Rheinbündler offen gehalten werden sollte. Am 3. Januar 1815 wurde der Vertrag zwischen den drei zuerst genannten im Geheimen unterzeichnet. Er besagt in der Hauptsache, daß jeder der vertragschließenden Teile sich darauf einrichten werde, demjenigen von ihnen, der etwa angegriffen würde, binnen sechs Wochen 120 000 Mann zu Hilfe zu schicken, wobei England sich vorbehält, Soldtruppen zu stellen oder anstatt eines Infanteristen zwanzig Pfund, anstatt eines Reiters dreißig Pfund zu zahlen. Der Vertrag ist im Eingange motivirt durch „neuerdings kundgegebene Präensionen,“ die nicht näher bezeichnet werden, und nennt sich defensiv. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß Talleyrand darauf rechnete, das Bündnis, nachdem ihm so vieles gelungen war, in ein offensives gegen Preußen zu verwandeln; hatte er doch schon lange vorher in den König gedrungen, das Heer zu verstärken und kriegsbereit zu machen, auch befriedigende Antwort aus Paris erhalten.

Man traut seinen Augen nicht bei dem Anblick, daß der Vertreter Englands, das zwanzig Jahre gegen Napoleon Krieg geführt hatte, die Hand dazu bietet, daß 120 000 Mann französische Truppen zwar mit der weißen Kokarde am Kopfe, aber, wie sich drei Monate später zeigte, mit Napoleon im Herzen gegen Preußen zu Felde ziehen sollten. Wie war er dazu gebracht worden? Zunächst durch eine Einblasung — eigne Gedanken hatte er nicht —, die ihm gemacht worden sein muß, unmittelbar, nachdem er den oben auszugsweise mitgetheilten Brief an Hardenberg geschrieben hatte. Hardenberg verlangt am 10. Oktober die Zustimmung Castlereaghs dazu, daß Sachsen, was von den Russen besetzt war, von Preußen provisorisch in Verwaltung genommen werde. Der Engländer antwortet am 11.: „Es giebt in Betreff der europäischen Politik keinen Grundsatz, dem ich mehr Wichtigkeit beilegte als der substantziellen Wiederherstellung Preußens. Die rühmlichen Dienste, welche es in dem letzten Kriege geleistet hat, geben ihm die hervorragendsten Rechte auf unsre Dankbarkeit; aber ein noch stärkerer Beweggrund liegt in der Notwendigkeit, Preußen als die einzige feste Grundlage zu betrachten für jede denkbare Anordnung zur Sicherung Norddeutschlands gegen die sehr großen Gefahren, die es bedrohen könnten. In einer solchen Krisis müssen wir über Preußen wachen. Mit

seinen Streitkräften würden wir die unsrigen verbinden müssen, und um diese Aufgabe zu erfüllen, ist es nötig, daß die preussische Monarchie substantielle et solide ist, ausgerüstet mit allem, was einem unabhängigen Staate zukommt, fähig, sich Achtung zu verschaffen und Vertrauen einzulösen. Was die sächsische Frage betrifft, so erkläre ich Ihnen, daß ich kein sittliches oder politisches Widerstreben gegen die Einverleibung des ganzen Landes in die preussische Monarchie hegen könnte, wenn diese Maßregel notwendig wäre, um Europa ein so großes Gut zu sichern, wie schmerzlich auch für meine Person der Gedanke wäre, ein so altes Fürstenhaus so schwer betroffen zu sehen.“ Doch dann kommt ein Aber. „Wenn aber die Einverleibung Sachsens dazu dienen soll, Preußen für die Verluste zu entschädigen, welche es durch beunruhigende und gefährliche Unternehmungen Rußlands erleiden könnte, und Preußen dazu bringen soll, sich mit nichtverteidigungsfähigen Grenzen in offenbare Abhängigkeit von Rußland zu begeben. . . so halte ich mich durchaus nicht für ermächtigt, Ev. zc. die geringste Hoffnung zu machen, daß Großbritannien im Angesichte Europas in eine solche Abmachung willigen werde.“

Dabei bleibt Castlereagh. Wenn Preußen, welches durch übereilten Abschluß des Bündnisses mit Rußland im Februar 1813 sich in die unglückliche Lage gebracht hatte, eine schlechte Grenze in Polen annehmen zu müssen, diese Abmachung umwirft und sich eine bessere Ostgrenze verschafft, so wird England ihm Sachsen zubilligen; wenn nicht, dann nicht. Da Friedrich Wilhelm III. in der richtigen Erkenntnis, daß der Kaiser Alexander der einzige sei, auf den er sich verlassen könne, mit ihm kein Zerwürfniß haben will, aber dabei bleibt, Sachsen zu fordern, so schlägt Castlereagh den beiden Gegnern Preußens, Frankreich und Osterreich, ein Bündnis vor.

Es drängt sich von neuem die Frage auf, wie er dazu gebracht worden ist, diese bei Talleyrand und Metternich sehr begreifliche, aber bei ihm, kann man fragen, perfide oder alberne Stellung einzunehmen. Die Antwort ist: Jrgend jemand hat ihm ein Geheimnis verraten, das Geheimnis, daß Leipzig ein großer Handelsplatz sei. Am 31. Oktober berichtet Talleyrand dem Könige: es sei Castlereagh vorgestellt worden, daß es doch nicht dem Interesse Englands entspräche, einen so wichtigen Handelsplatz an einen Staat zu geben, mit dem England doch vielleicht nicht immer in Frieden leben würde, anstatt es in der Hand eines Fürsten zu lassen, mit dem England nie in Streit geraten könne. Der Lord sei über diese Vorhaltung erstaunt (étonné) gewesen und beginne zu fürchten, daß sein Plan dem Handelsinteresse Englands schädlich werden könnte. (Von einem der Teilnehmer des Kongresses ist die Äußerung aufbewahrt: es sei zum Erstaunen, was alles englische Staatsmänner nicht wüßten.)

Auf der Rückkehr von Gent nach Paris konnte Talleyrand dem Könige vortragen, daß er seine Instruktion ausgeführt habe: Preußen bestehe aus zwei unzusammenhängenden Stücken, habe Mainz nicht erhalten, von Sachsen nur

einen Teil, und seine Grenze gegen Holland sei unvorteilhaft. Als Deutscher kann man von dem Wirken und den Erfolgen Talleyrands nicht ohne Ingrimm lesen; als Mensch muß man sich der Geisteskraft freuen, die mit einer so niedrigen Seele in einem so garstigen Körper wohnte. Das Wort Legitimität in dem von ihm erfundenen Sinne hatte wie eine verblendende Zauberformel in den arabischen Märcen gewirkt.

Das Verdienst, Preußen um Ostfriesland gebracht, von der Nordsee abgedrängt zu haben, nimmt er nicht für sich in Anspruch; es gebührt dem hannövrish-englischen Grafen Münster.

Zu zeigen, aus welchen Gründen, mit welchen Absichten England während des siebenjährigen Krieges Waffenbrüderschaft mit Preußen machte, würde eine umständliche Darlegung erfordern, ein Zurückgehen auf die Zeiten des Racherer Kongresses von 1748, in denen Georgs II. ausdrücklich gegen Preußen gerichtetes System des „Gleichgewichts“ sich entwickelte, das Droyßen ins Licht gestellt hat. Begnügen wir uns damit anzuführen, was Friedrich II. unter dem 13. Oktober 1755 an den Herzog Karl von Braunschweig schrieb: „Diese Leute [die englischen Diplomaten] wollen, daß ich Frankreich an die Luft setze und mich an dem Ruhm sättige, ihr Hannoverland gerettet zu haben, das mich gar nichts angeht; entweder sie wollen mich gröblichst düpiiren, oder sie sind Narren und von lächerlichem Selbstgefühl.“

Unser Rückblick führt uns noch nach Straßburg. Wenn Deutschland 1714 im Rastatter Frieden den Elsaß wiedergewonnen hätte, so würde es ihn nach aller Wahrscheinlichkeit auch 1814 im ersten Pariser Frieden behauptet haben; das Land wäre nicht verwälscht worden und 1870 nicht erst zu erobern gewesen. Wie es zugegangen ist, daß es anders gekommen, lassen wir uns von Ranke erzählen.

Nachdem Frankreich mit seinen übrigen Gegnern 1713 Friedensverträge geschlossen hatte, die man unter dem Namen des Utrechter Friedens zusammenzufassen pflegt, beschloß der Kaiser, die Waffen in der Hand zu behalten. Ein großer Teil des Reiches stand dabei auf seiner Seite. Die vorderen Reichskreise, durch ein besondres Abkommen mit der großen Allianz vereinigt, hatten den Krieg mit Standhaftigkeit ausgehalten, ihre Subsidien gewährt nur in der Hoffnung, durch eine haltbare Einrichtung der Grenzlande gegen Frankreich sichergestellt zu werden; sie hatten auf die Herstellung des Elsaß, der Bistümer und selbst der freien Grafschaft gerechnet. Auch waren die englischen Minister bei Eröffnung der Unterhandlungen noch der Meinung, die Bestimmungen des westfälischen Friedens und zwar nach der deutschen Auslegung herzustellen; später hielten sie fest, daß wenigstens Straßburg von Frankreich zurückgegeben werden müsse. Nach und nach aber ließen sie diese Gesichtspunkte fallen. Wenn ihnen Ludwig XIV. an allen andern Seiten so vieles einräumte, so forderte er dafür eine minder eifrige Befürwortung der Interessen des Kaisers.

Die Antipathie der Engländer, welche der Kaiser auf sich bezogen hatte, fiel aber in ihren Wirkungen auf das Reich zurück. Vergebens beriefen sich die Reichskreise auf das geheiligte Königswort, die unter dem großen Siegel des Landes verpfändete Ehre von England. Die Toryminister hielten für gut, die ihnen in Bezug auf Handel und Kolonien von Frankreich gewährten Zugeständnisse, deren sie bedurften, um sich zu behaupten, durch Nachgiebigkeit in Bezug auf die deutschen Grenzen zu erwidern. Straßburg diente zur Ausgleichung für St. Christoph und Neufundland. Soweit Ranke.

Straßburg ward dem Stockfisch geopfert. Aber die Engländer haben uns ungefähr hundert Jahre später noch einmal um den Elfaß gebracht, worüber wir Treitschke reden lassen. Nach der zweiten Einnahme von Paris machte Wellington einen Meisterstreich britischer Diplomatie, der dem gewandtesten Londoner Stockjobber zur Ehre gereichte. Ohne bei den verbündeten Höfen auch nur anzufragen, ließ er Ludwig XVIII. unter dem Schutze englischer Bajonnette in die Tuilerien einziehen. Als die drei Monarchen am Abend des 10. Juli in Paris eintrafen, saß König Ludwig seit zwei Tagen wieder auf seinem Throne und empfing sie als leutseliger Hausherr. Was frommte es, daß Blücher jede seiner Einladungen ausschlug? Die zweite Restauration war vollzogen, durch England allein; an die Wiedervertreibung der Bourbonen konnte keine der andern Mächte im Ernste denken. Durch diese vollendete Thatfache vereitelte die britische Politik zugleich die gerechten Forderungen der deutschen Nation. Die Abtrennung von Elfaß-Lothringen war möglich, wenn die Allirten sich zunächst unter sich einigten und dann den Bourbonen in das verkleinerte Königreich zurückriefen; sie war unerreichbar, wenn man darüber mit einem befreundeten Könige verhandeln mußte.

Die Leistungen Englands während des dreißigjährigen Krieges faßt Ranke in Bezug auf Deutschland so zusammen: Von einer vollkräftigen Einwirkung auf die großen Fragen der Religion und des Staates, welche den Kontinent beschäftigten, trat Karl I. zurück, um vor allen Dingen König von Britannien zu sein. Man kann freilich fragen, ob er moralisch berechtigt war, sich von den kontinentalen Angelegenheiten loszusagen, nachdem er soviel dazu beigetragen hatte, die Verwirrung zu vermehren, die protestantische Sache ins Verderben zu führen.

Wie es trotzdem und alledem gekommen, daß sich in Preußen eine vertrauensvolle Zuneigung zu England gebildet und lange erhalten hat, das wäre eine dankbare Aufgabe für die junge Wissenschaft der Völkerpsychologie, deren Lösung unter anderm eine vergleichende Durchforschung der Literatur beider Länder erfordern würde bis auf Rousseaus Mylord Edouard zurück; man muß alte Jahrgänge der „Taschenbücher“ mit Goldschnitt und zierlichem Gehäuse, die unsre Väter oder Mütter einander zu Neujahr zu verehren liebten, und längst vergessene Romane durchblättern, um zu sehen, eine wie reiche Nachkommen-

schaft von „Söhnen des hochherzigen Albions“ jene Figur der neuen Heloise erzeugt hat. Jetzt dürfte die Schule von deutschen Staatsmännern, welche in die Politik, um mit Palmerston zu reden, romantische Vorstellungen von Englands Freundschaft übertrug, mit einem gewichtigen, theologisch angehauchten Herrn ausgestorben sein, der 1875 in einem Privatgespräch ein dauerndes Schutz- und Trutzbündnis zwischen Deutschland und dem evangelischen England als sein Ideal bezeichnete und es übel vermerkte, als ihm in bescheidner Form entgegnet wurde, daß England sich nur auf zeitweilige Bündnisse zur Erreichung einzelner Zwecke einzulassen pflege und sich an Kriegshändeln in Mitteleuropa überhaupt nicht mehr beteiligen werde; auch das in London oft ausgesprochene Wort in Betreff Antwerpens werde man eintretenden Falls dort schwerlich gut machen. Die deutsche Politik, dessen können wir sicher sein, wird auch künftig die Engländer für das nehmen, was sie sind, und von ihnen nichts andres erwarten, als was das englische Interesse, so oder so verstanden, erheischt.



## Die Lage der Prozeßkostenfrage.



Der Versuch der verbündeten Regierungen, durch den jüngst dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf über Verminderung einiger Anwaltsgebühren eine geringe Erleichterung in der Prozeßkostenlast herbeizuführen, ist von der deutschen Rechtsanwaltschaft glücklich abgeschlagen worden. In dem Hefte Nr. 33 dieser Zeitschrift hat der Berichterstatter der Kommission, der im Reichstage die Bearbeitung des Entwurfs übertragen worden war, über diesen Gegenstand bereits eine ausführliche Mitteilung veröffentlicht. Gern erkennen wir an, daß er in dieser kritischen Angelegenheit sich ein gewisses Maß von Unbefangenheit bewahrt hat. Es zeigt sich dies namentlich in der Art und Weise, wie er die aus Anwaltskreisen hervorgetretene, wenig maßvolle Bekämpfung des Entwurfs beurteilt. Auch sind manche der von ihm angeregten Gedanken wohl beachtungswert. Gleichwohl halten wir eine nochmalige Besprechung der Angelegenheit aus einem etwas weiteren Gesichtskreise für geboten.

Die Kommission hat ihre Thätigkeit mit dem Antrage geschlossen, den Entwurf abzulehnen und statt dessen eine Resolution zu fassen, die wir nur als eine höchst wunderliche bezeichnen können. Der Reichstag hat denn auch vorgezogen, diesen Bericht nicht weiter in Beratung zu nehmen. Dieses Ergebnis war schon nach der Wahl der Kommission vorauszusehen. In den Parlamenten bildet die Kommissionsberatung die unscheinbarste Form, in welcher